

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegli naziunal



21.3592 s Mo. Ständerat (APK-SR). Institutionalisierung des Austauschs und der Koordination von Schweizer Akteuren gegenüber China

Bericht der Aussenpolitischen Kommission vom 25. Oktober 2021

An ihrer Sitzung vom 25. Oktober 2021 hat die Kommission die von der APK-SR am 10. Mai 2021 eingereichte und vom Ständerat am 30. September 2021 angenommene Motion beraten.

Mittels der Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, zur Stärkung der Koordination von Schweizer Akteuren im Umgang mit China und zur Stärkung des chinarelevanten Wissens, den Austausch von Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft zu institutionalisieren.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 19 zu 6 Stimmen, die Motion anzunehmen.

Eine Minderheit (Köppel, Aebi, Büchel, Estermann, Grüter, Nidegger) beantragt, die Motion abzulehnen.

Berichterstattung: Arslan (d), Wehrli (f)

Im Namen der Kommission
Die Präsidentin:

Tiana Angelina Moser

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stellungnahme des Bundesrates vom 18. August 2021
- 3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates
- 4 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Der Bundesrat wird beauftragt, zur Stärkung der Koordination von Schweizer Akteuren im Umgang mit China und zur Stärkung des chinarelevanten Wissens, den Austausch von Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft zu institutionalisieren.

1.2 Begründung

Der Bundesrat betont in seiner China-Strategie zu Recht die hohe Bedeutung der politischen Kohärenz und zu diesem Zweck die Koordination der verschiedenen Schweizer Akteure (sog. "Whole-of-Switzerland"-Ansatz). Es geht aber um mehr: Wissen und Erfahrungen mit Bezug auf China sollen auch im koordinierenden Sinn gebündelt eingesetzt werden. Das China-spezifische Wissen und entsprechende Kompetenzen sind zu stärken. In seiner China-Strategie sieht der Bundesrat als internes Koordinationsinstrument einen Koordinationsausschuss in der Form einer interdepartementalen Arbeitsgruppe vor. Darüber hinaus braucht es einen verstärkten Austausch und eine Koordination der verschiedenen Akteure aus Politik (inkl. Kantone), Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Nur fehlt in der China-Strategie ein konkretes Handlungsinstrument bzw. ein Vorschlag, wie dies zu erreichen ist. Ein blass informeller Austausch erscheint klar ungenügend. Auch wird von Expertinnen und Experten das ungenügende China-Wissen verschiedener Akteure und deren mangelnde Koordination konstatiert. Zur verbesserte Koordination der China-Aktivitäten verschiedener Schweizer Akteure und zur Stärkung des China-Wissens soll ein institutionalisierter Austausch aller relevanten Akteure stattfinden.

2 Stellungnahme des Bundesrates vom 18. August 2021

Der Bundesrat teilt das Anliegen der Motion, Koordination und China-Kompetenz in der Schweiz zu stärken.

Der "Whole of Switzerland"-Ansatz bildet eines der drei Prinzipien der China-Strategie des Bundesrates. Die Stärkung der Koordination und damit der Kohärenz der Schweizer China-Politik hat zwei Aspekte:

Einerseits institutionalisiert und verstärkt der Bundesrat den Informations- und Erfahrungsaustausch innerhalb der Bundesverwaltung mit der Schaffung einer Interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDAG) zu China. In ihr sind alle sieben Departemente vertreten. Die erste Sitzung dieser Arbeitsgruppe hat am 10. Mai 2021 stattgefunden.

Andererseits hat der Bundesrat signalisiert, dass er die Stärkung des Austauschs mit Akteuren ausserhalb der Bundesverwaltung begrüßt. Dazu gehören Kantone und Städte, die Privatwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitute und Hochschulen sowie das Parlament selbst. Die verschiedenen Departemente - wie das EDA, WBF oder EFD - stehen in regelmässigem Austausch mit diesen Akteuren zu Themen wie Herausforderungen bei Handel und Investitionen, Zusammenarbeit mit chinesischen Provinzen, Menschenrechtssituation in China oder die bilaterale Forschungszusammenarbeit.

Diese Austauschformate sind bedürfnisgetrieben und entwickeln sich abhängig von der Aktualität dynamisch. Die Erkenntnisse aus den verschiedenen themenspezifischen Austauschen fliessen über die einzelnen Departemente in die IDAG zurück. Ein möglicher Ausbau dieser Aktivitäten ist Teil der laufenden Diskussionen zur Umsetzung der Strategie.



Eine Einbindung der verschiedenen Austausche in ein formelles Korsett wäre bürokratisch schwerfällig und der dynamischen Entwicklung abträglich. Der Bundesrat ist überzeugt, dass eine flexible Vorgehensweise der Vielfalt der involvierten Parteien und ihren Bedürfnissen am besten gerecht wird.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

3 Verhandlungen und Beschluss des Erstrates

Der Ständerat hat die Motion am 30. September 2021 mit 23 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

4 Erwägungen der Kommission

Die Kommission ist überzeugt, dass die Kohärenz und die Koordination im Umgang der Schweiz mit China verstärkt werden muss. Sie unterstützt den «Whole-of-Switzerland»-Ansatz, welcher in der Aussenpolitischen Strategie 2020 – 2023 und namentlich auch in der China-Strategie 2021 – 2024 des Bundesrates vertreten wird. Die Institutionalisierung des verwaltungsinternen Austausches zu China durch die Einsetzung einer interdepartementalen Arbeitsgruppe mit Beteiligung sämtlicher Departemente wird von der Kommission ausdrücklich begrüßt. Sie hält fest, dass dieser Austausch sämtliche Bereiche der Beziehungen Schweiz-China umfassen muss, da auch China bei der Wahrung seiner Interessen im Rahmen einer umfassenden Strategie koordiniert und strukturiert vorgeht.

Zusätzlich zur verwaltungsinternen Koordination unterstützt die Kommission das Anliegen der Motion, den Austausch zwischen der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft zu institutionalisieren. Es ist ihres Erachtens unabdingbar, mittels eines transparenten Austausches die Ressourcen zu bündeln und die China-Kompetenz zum Vorteil sämtlicher Schweizer Akteure zu stärken. Die Kommission ist überzeugt, dass ein institutionalisierter Austausch flexibel und unbürokratisch umsetzbar ist und sieht ihre Zustimmung zur vorliegenden Motion auch als unterstützendes politisches Signal für eine intensivere Zusammenarbeit sämtlicher Betroffenen und mehr Koordination in den Beziehungen zu China.

Die Minderheit ist der Ansicht, dass bereits heute genügend Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung in Bezug auf China bestehen. Weiter lehnt sie einen rein China-spezifischen Austausch aus neutralitätspolitischen Überlegungen ab. Die Schweiz soll ihre Interessen China gegenüber so verteidigen, wie sie dies gegenüber allen anderen Staaten auch tut und so ihre aussenpolitische Neutralität wahren.